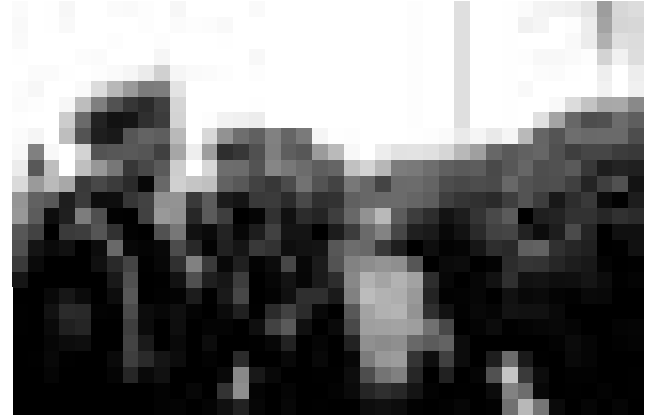


## INTERGLOBAL

FOTO: FLICKR

Armee ohne Staat:  
Parade in Tiraspol.

MOLDAU

# Kein zweites Georgien

Anton Landgraf

**Am kommenden Sonntag wird in Moldau gewählt - Luxemburgische Beobachter sind auch vor Ort. Für Probleme sorgt nicht zuletzt der Konflikt um die abtrünnige Region Transnistrien. Zwischen Nato-Gipfel und Urnengang könnte sich nun einiges bewegen.**

Misstrauisch blickt der Grenzbeamte auf die Reisepässe, vergleicht Fotos und Gesichter. Dann drückt er wuchtig seinen Stempel auf die Papiere - Willkommen in der Pridnestrovskaya Moldavskaya Respublika (PMR). Kaum jemand kennt diesen Namen, dessen Aussprache fast so kompliziert ist wie eine Reise in den Staat, den es gar nicht gibt. Ein halbes Dutzend Kontrollen sind zu überwinden, um in die selbsternannte Republik, besser bekannt unter der Bezeichnung Transnistrien, einzureisen. Dabei befindet sich die so gut gesicherte Grenze innerhalb eines einzigen Landes.

Seit fast zwei Jahrzehnten spielt sich in Moldau einer der bizarrsten Konflikte in Europa ab. Die ehemalige Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR), zwischen Rumänien und der Ukraine gelegen, erklärte sich Anfang der Neunzigerjahre für unabhängig. Kurz darauf begannen die Probleme.

Während sich die Regierung in der Hauptstadt Chisinau an Westeuropa orientierte und sich kurzzeitig sogar Rumänien anschließen wollte, beharrte die Region östlich des Flusses

Dnjester auf ihre historische Verbindung mit Russland.

Der unterschiedlichen Sichtweise lagen jedoch keine nostalgischen Motive, sondern handfeste materielle Interessen zugrunde. Transnistrien ist kaum größer als Luxemburg und umfasst gerade mal ein Zehntel der Fläche Moldaus. Dennoch liegen hier rund 40 Prozent der Schwerindustrie des Landes, die wiederum eng mit der russischen Wirtschaft verknüpft sind. In einem kurzen aber blutigen Bürgerkrieg spaltete sich Transnistrien 1992 unter Führung von Igor Smirnow, damals Fabrikdirektor und KP-Funktionär, vom Rest des Landes ab. Entscheidende Unterstützung erhielten die Separatisten dabei von der 14. Russischen Armee, die nach dem Ende der Sowjetunion stationiert blieb, um die umfangreichen Waffenlager auf dem Gebiet zu bewachen. Seitdem patrouillieren so genannte russische Friedenstruppen an der Grenze und sichern damit den fragilen Status Quo, der eine mögliche Annäherung von Moldau an die EU verhindert.

Erst der Krieg in Georgien im vergangenen Jahr rückte den fast vergessenen Konflikt wieder auf die internationale Agenda. „Die Nato will Russland als guten Partner“, erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz vor dem Nato-Gipfel, der am heutigen Freitag beginnt. Als Zeichen des guten Willens könne sich Moskau doch im Konflikt um Transnistrien bewegen und die dort stationierten russischen Soldaten durch

eine Friedenstruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ersetzen lassen.

Tatsächlich scheint sich einiges zu bewegen. Nachdem die russische Führung bei den Auseinandersetzungen um die abtrünnigen Gebiete von Abchasien und Südossetien nur auf militärische Mittel setzte, zeigt sie sich nun konzilianter. Mitte März unterzeichneten der russische Präsident Dmitri Medwedew, der moldauische Staatschef Wladimir Woronin sowie Igor Smirnow eine Vereinbarung, um den Konflikt um Transnistrien friedlich beizulegen.

Zuvor hatte Medwedew unmissverständlich klar gemacht, dass es mit einer Unabhängigkeit Transnistriens oder gar einem Anschluss an Russland nichts werden wird. Stattdessen signalisierte er Unterstützung für den Plan, den 550.000 Einwohnern eine ähnlich umfassende Autonomie einzuräumen wie Italien Südtirol. Mehr als eine Konföderation, meinte ein russischer Diplomat, sei für Transnistrien nicht möglich.

Es gibt viele Gründe, warum die russische Führung zumindest einen gewissen Abstand von ihrem langjährigen Schützling nimmt. Nach dem gewaltsamen Vorgehen in Georgien will Moskau demonstrieren, dass es auch mit diplomatischen Mitteln seinen Einfluss in den so genannten „postsowjetischen Gebieten“ sichern kann - zumal sich der neue US-Präsident Barack Obama gesprächsbereit bei der Frage nach der Stationierung von

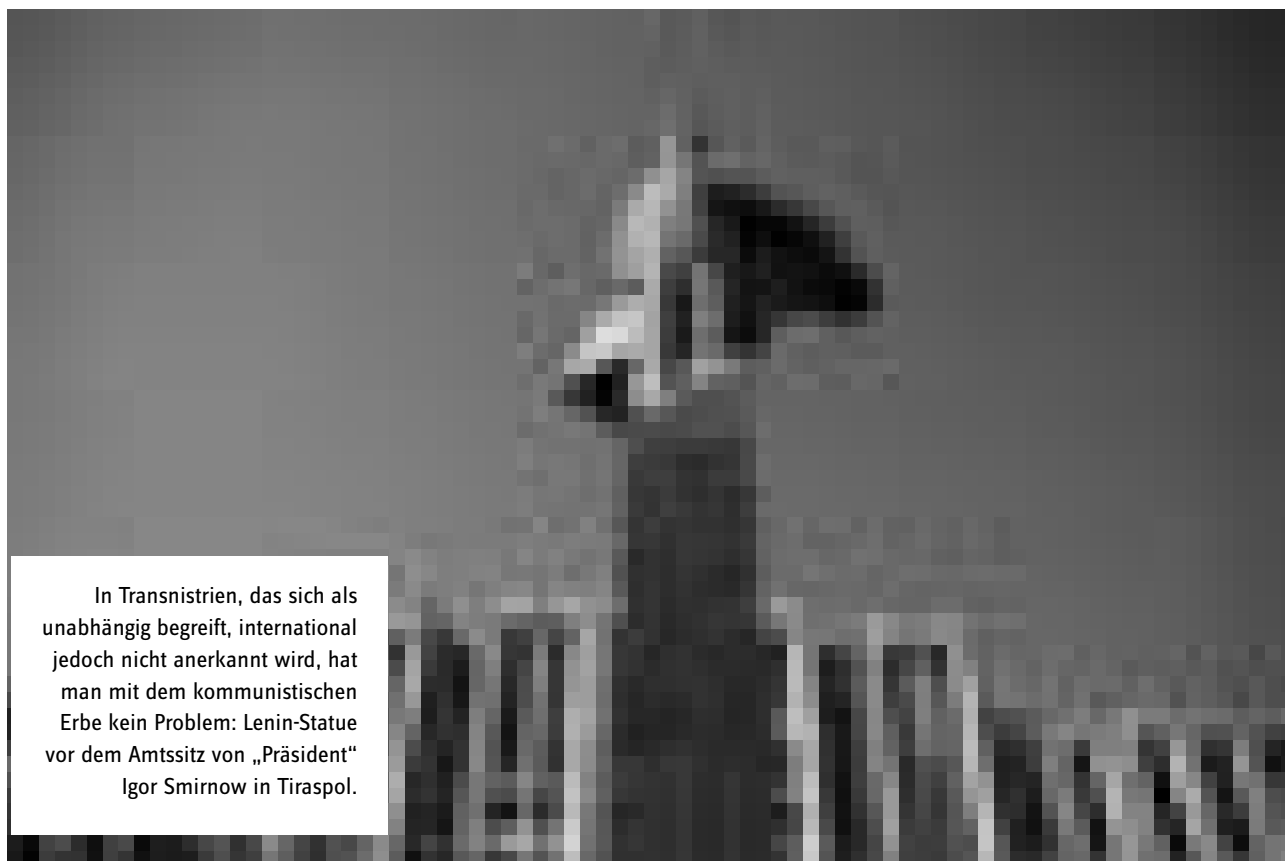
Abwehrraketen in Osteuropa zeigt.

Hinzu kommt, dass Medwedew durchaus daran gelegen ist, der noch regierenden Kommunistischen Partei in Moldau vor den Wahlen am 5. April entgegen zu kommen. Schließlich gibt sich Woronin gerne nationalistisch und wettet gegen die europa-freundlichen Pläne seiner Kontrahenten im Parlament. Mit seiner Regierung könnte sich Moskau also durchaus arrangieren, zumal der KP-Vorsitzende bei seinem Amtsantritt versprochen hatte, das Transnistrien-Problem zu lösen.

**Moskau will demonstrieren, dass es auch mit diplomatischen Mitteln den Einfluss in den so genannten „postsowjetischen Gebieten“ sichern kann.**

Die Opposition in Chisinau warf Russland daraufhin Wahlkampfhilfe für die amtierende Regierung vor. In einer hitzigen Debatte überraschte ein Abgeordneter kürzlich sogar mit der Idee, das abtrünnige Gebiet an Russland einfach zu verschenken. Vermutlich aber will Moskau die separatistische Region nicht einmal umsonst bekommen. Mit einer föderalen Vereinbarung, die eine Unabhängigkeit Transnistriens im Falle eines EU-Beitritts von Moldau vorsieht, kann man

FOTO: FLICKR



In Transnistrien, das sich als unabhängig begreift, international jedoch nicht anerkannt wird, hat man mit dem kommunistischen Erbe kein Problem: Lenin-Statue vor dem Amtssitz von „Präsident“ Igor Smirnow in Tiraspol.

dort gut leben. Eine ähnliche Perspektive sah bereits der so genannte „Kozak-Plan“ von 2003 vor. Demnach sollte der separatistische Landesteil in eine „Föderation Moldawien“ integriert werden, bei weitgehender Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit Transnistriens. Damals war der Plan nicht konsensfähig, Moldaus Präsident Woronin verweigerte die Unterschrift.

Auch heute sind nicht alle moldauischen Bürger von einer föderalen Lösung überzeugt. „Einen Friedensvertrag mit Transnistrien und eine Reintegration der Region in unser Land kann ich mir nicht ohne Demilitarisierung und Entkriminalisierung vorstellen - sonst haben wir keine Europäisierung Transnistriens, sondern eine Transnistrisierung der Republik Moldau. Und dann sind wir noch mehr Bestandteil der russischen Einflussphäre“, meint etwa Vitalie Ciobanu, Schriftsteller und Herausgeber der Kulturzeitschrift „Contrafort“ (Gegenkraft) in Chisinau. Mit dem Blatt will Ciobanu neue literarische Ideen und Tendenzen bekannt machen und sich „von den älteren Kollegen absetzen, die nach dem Fall der Sowjetunion in nationale Mythen wie im 19. Jahrhundert verfielen“.

Solchen Mythen scheinen auch Igor Smirnow zu gefallen. Unentwegt beschwört er die kulturelle Einzigartigkeit seines Mini-Staates. In den staatlichen Museen des Landes sind skurrile Ausstellungen zu bestaunen, die eine lineare Entwicklung von der

Oktoberrevolution über den Großen Vaterländischen Krieg bis hin zur Unabhängigkeit suggerieren.

Immerhin verfügt Transnistrien über eine eigene Währung, eine Armee samt umfangreichem Geheimdienst sowie den üblichen Insignien eines souveränen Staates - mit dem kleinen Nachteil, dass sie außerhalb des eigenen Territoriums nicht anerkannt werden. Selbst das transnistrische Mobilfunknetz endet an der Grenze: International ist nur die Funkverbindung von Moldau anerkannt.

Dass es den Phantom-Staat dennoch gibt, hat vor allem ökonomische Ursachen. Smirnow ist ein idealtypischer Vertreter der alten sowjetischen Nomenklatura, der es gelungen ist, aus der Konkursmasse des alten Imperiums ein eigenes kleines Reich zu schaffen. So gründeten nach dem Bürgerkrieg ehemalige Offiziere des Sicherheitsdienstes den Sheriff-Konzern, der nahezu das ganze Land kontrolliert und unter anderem Tankstellen, Supermärkte, Brotfabriken sowie den einzigen privaten TV-Kanal umfasst. Sogar der reichste Fußballclub in der Region, der FC Sheriff Tiraspol, trägt das Emblem des Konzerns in seinem Logo. Und das in einem Land, das mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von rund 170 Dollar zu den ärmsten in ganz Europa gehört.

Andere wirtschaftliche Aktivitäten sind noch dubioser. Die EU-Mission zur Unterstützung der Grenzüberwachung zwischen der Ukraine und der

Republik Moldau (EUBAM) schätzt den Import von Hühnern nach Transnistrien auf rund 100.000 Tonnen jährlich. Das entspricht etwa 137 Kilo Hühnerfleisch pro Einwohner im Jahr. In Deutschland liegt der Jahresverbrauch pro Kopf bei etwa 22 Kilo. Statistisch gesehen verbraucht jeder Transnistrier außerdem acht Kühlschränke, zwölf iPods und 200 Stangen Zigaretten im Jahr. Als hilfreich für diese Aktivitäten erwies sich wohl auch der Umstand, dass Smirnow seinen Sohn Oleg zum Chef der transnistrischen Zollbehörden erkoren hat.

Dabei gehört der Schmuggel von Hühnern oder Kühlschränken noch zu den harmlosen Gütern. In den vergangenen Jahren tauchten immer wieder Berichte auf, die einen umfangreichen Waffenhandel konstatierten, unter anderem in den Balkan und den Kaukasus. Eine Überprüfung dieser Vorwürfe ist kaum möglich - eine unabhängige Kontrolle in Transnistrien, etwa durch die OSZE, gibt es nicht.

So übersichtlich wie die Wirtschaft des Landes ist auch die Politik organisiert. Die einflussreichste Oppositionspartei im Parlament von Tiraspol nennt sich „Renovierung“ und wird, wie es der Zufall will, von ehemaligen Sheriff-Managern geführt. Die Partei gibt sich selbstverständlich ausgesprochen patriotisch - und tritt ansonsten wenig überraschend für mehr unternehmerische Freiheiten ein.

Von übermäßiger Kontrolle hält auch Moldaus Präsident Woronin nicht viel. Selbst wenn sein Kontra-

hent Smirnow auf der anderen Seite des Dnjesters oft kein gutes Haar an dem fülligen KP-Chef lässt, so sind sie sich doch in vieler Hinsicht ähnlich.

Woronins Familie ist nach dem Ende der Sowjetunion ebenfalls zu Macht und Wohlstand gelangt. Sein Sohn gilt als einer der reichsten Unternehmer in der Republik: Er leitet nicht nur eines der mächtigsten Finanzinstitute des Landes, sondern ist auch noch dessen größter Wein- und Cognac-Exporteur.

Mit der Alleinherrschaft des 67-jährigen KP-Vorsitzenden könnte es nach den Wahlen vorbei sein, denn auch in dem kleinen osteuropäischen Staat macht sich die Wirtschaftskrise bemerkbar. Die Überweisungen moldauischer Arbeitsemigranten sorgten jahrelang für ein stetiges Wachstum. Mittlerweile kehren jedoch immer mehr von ihnen nach Chisinau zurück, nachdem es in Moskau oder St. Petersburg keine Jobs mehr gibt. Dort sind sie nun Gefangene im eigenen Land. Seit dem EU-Beitritt von Rumänien liegt Moldau direkt hinter der Schengen-Grenze. Und diese zu überwinden ist noch schwieriger als nach Transnistrien zu reisen.

Anton Landgraf ist Publizist und lebt in Berlin.